



## #Trump #Mauer

Da wir in der Trump-Ära leben, müssen 140 Zeichen genügen. Also: #Mauer Hatten schon die Chinesen. Nutzte ihnen nichts, wurden doch erobert. jam

Foto: imago/imagebroker

»Die Wahrheit braucht lange, bis sie Eingang findet; nichts auf der Welt verbreitet sich aber so schnell als Lügen und Geheimnisse.

Christoph Kuffner

## Suhrkamp-Umzug Ab in die Mitte

Der Suhrkamp-Verlag will innerhalb Berlins von Prenzlauer Berg nach Mitte ziehen. Geplant sei, Mitte 2019 ein neues Verlagshaus in Berlin-Mitte zu beziehen, sagte die Suhrkamp-Sprecherin Tanja Postpischil am Donnerstag. Der Sender RBB hatte zuerst darüber berichtet. Demnach soll der neue Sitz des Verlags an der Ecke Torstraße und Rosa-Luxemburg-Straße gebaut werden. Das bestätigte die Sprecherin nicht: »Da kann ich nichts zu sagen.« Seit 2010 ist der Verlag in der Pappelallee in Prenzlauer Berg. Zuvor hatte Suhrkamp seinen Sitz in Frankfurt (Main). dpa

## Goethe-Institut Streit um Verträge

Die Verträge der Honorarlehrer beim Goethe-Institut in Deutschland stehen auf dem Prüfstand. Wie Instituts-Sprecherin Gabriele Stiller-Kern am Freitag auf Anfrage bestätigte, bezweifelt die Deutsche Rentenversicherung, dass die Honorarlehrer wirklich freie Mitarbeiter sind.

Das Goethe-Institut teilt der Sprecherin zufolge die Auffassung der Rentenversicherung nicht. Aus rechtlichen Gründen könne man aber bis zur abschließenden Klärung keine weiteren Honorarverträge für Lehrkräfte in Deutschland abschließen, erklärte die Sprecherin. »Allerdings geht es nur um neue Verträge. Die bestehenden gelten weiter«, betonte Stiller-Kern.

Um wie viele Honorarlehrer es geht, konnte das Institut zunächst nicht beziffern. Man bemühe sich in enger Abstimmung mit der Rentenversicherung um eine zeitnahe und konstruktive Lösung, hieß es. dpa/nd

## Berliner Theaterpreis

## Innovativ und mutig

Der Regisseur und Medienkünstler Herbert Fritsch wird mit dem diesjährigen Berliner Theaterpreis geehrt. Die Jury sprach ihm die mit 20 000 Euro dotierte Auszeichnung für seine außerordentlichen Verdienste um das deutschsprachige Theater zu, wie die verbundene Stiftung Preußische Seehandlung am Freitag mitteilte. Der Preis wird im Rahmen des Berliner Theatertreffens (5. bis 21. Mai) vom Regierenden Bürgermeister Michael Müller überreicht.

Herbert Fritsch, lange als Schauspieler bei Volksbühnen-Intendant Frank Castorf tätig, gilt als einer der innovativsten und mutigsten Regisseure der deutschen Theaters. »Im Zentrum seiner Regiekunst stehen der von ihm gestaltete Raum und die Körper seiner Spieler und Spielerinnen«, erklärte die Jury. dpa/nd

Whistleblower und kritische Journalisten sind in vielen EU-Ländern bedroht – einheitliche Schutzgesetze sind notwendig

# Ein Heim für Skandal aufdecker

Von Sebastian Bähr

Stéphanie Gibaud hat Angst, den Briefkasten zu leeren. Es könnte sich dort wieder eine Strafanzeige befinden, sagt sie der schweizer Wochenzeitung »Woz«. Einst organisierte sie als Marketingexpertin der UBS Bank dekadente Veranstaltungen für die oberen Zehntausend Frankreichs. Das Ziel war die reiche Elite mit Kundenberatern in Kontakt zu bringen. Diese halfen dann den Betuchten, das Geld auf Schweizer Bankkonten zu verstecken. Ihre Chefin forderte sie im Zuge der Finanzkrise auf, die Festplatte zu löschen. Die Bankangestellte verweigerte jedoch die Kooperation. Gibaud gab ihre Daten an die französischen Behörden. Ein Richter eröffnete daraufhin ein Verfahren gegen die UBS wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Geldwäsche. Die Bank soll laut Ermittlern über zwölf Milliarden Euro dem Staat entzogen haben, streitet die Vorwürfe aber ab. Heute lebt die alleinerziehende Mutter von Sozialhilfe, eine neue Anstellung hat sie bisher nicht gefunden.

Antoine Deltour traf es noch schlimmer. Der ehemalige Mitarbeiter der Beratungsfirma »Price Waterhouse Coopers« soll tausende Dokumente über die Steuervermeidungstricks von über 340 Großkonzernen aus mehr als 80 Ländern an einen Journalisten übergeben haben. Die Deutsche Bank, Ikea, Google oder Apple – alle großen Namen waren in den Daten zu finden. Laut dem »Internationalen Netzwerk investigativer Journalisten« versteuerte einige der Unternehmen teilweise nur ein Prozent der transferierten Gewinne, Milliarden an Einnahmen gingen verloren. Der luxemburgische Staat war dabei ein eifriger Gehilfe. Deltour wurde zu zwölf Monaten Haft auf Bewährung und einer Strafzahlung von 1500 Euro verurteilt. Diebstahl, Ver-

letzung von Dienst- und Berufsgeheimnissen wurden ihm vorgeworfen. Im Berufungsverfahren im Dezember stand die Frage im Mittelpunkt, ob es sich bei ihm überhaupt um einen Whistleblower handelt. Das Urteil wird für März erwartet.

Nicht nur diese beiden Beispiele zeigen auf: Die Offenlegung von Korruption und Amtsmissbrauch kann die Existenz der Hinweisgeber zerstören oder diese ins Gefängnis bringen. In der EU gibt es jedoch Versuche, der unberechenbaren Rechtsprechung der Einzelstaaten etwas entgegenzusetzen. Jüngst trafen sich in Brüssel Medienexperten, um auf Einladung der europäischen Linksfraktion GUE/NGL eine Initiative für ein Whistleblowerschutzgesetz zu diskutieren. Neben der Hilfe für Geheimnisverräter ging es auch um die Frage, wie staatliche Eingriffe in öffentlich-rechtliche Rundfunksysteme verhindert werden können.

Fachliche Expertise für beide Themenkomplexe ist beim Europäischen Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) zu finden. Die Organisation wurde 2015 mit dem Ziel gegründet, bedrohten Journalisten zu helfen und wird von der EU-Kommission gefördert. Sie betreibt ein Schutzhaus in Leipzig, in dem Medienschaffende bis zu einem Jahr Zuflucht finden können. Bisher wurde diese Möglichkeit von einer britischen Journalistin in Anspruch genommen, aktuell gibt es über 20 Bewerbungen. Die meisten kommen aus der Türkei und der Ukraine, so der Mitarbeiter Martin Hoffmann gegenüber »nd«.

Die Notwendigkeit eines Whistleblowerschutzgesetzes ist groß: Nach der »Globalen Betrugsstudie 2016«, die 2400 Fälle von Betrugs- und Steuerhinterziehungsdelikten in 114 Ländern untersuchte, wurden rund 40 Prozent ebendieser von Whistleblowern aufgedeckt. 2014 schätzte die Europäische Kommission, dass dem

Staatenbund jährlich 120 Milliarden Euro durch Korruption verloren gehen. Aber auch aus einem praktischen Grund braucht es eine gemeinsame Lösung: Große Unternehmen agieren sowieso längst global und können durch Nationalstaaten kaum noch kontrolliert werden.

Ein mögliches Gesetz braucht laut den Experten des ECPMF eine breite Definition, wer überhaupt als Whistleblower gilt. Nicht nur Arbeitnehmer oder Behördenmitarbeiter sollen demnach darunter fallen, sondern beispielsweise auch Praktikanten. Zudem solle der Anwendungsbereich breit gesteckt werden: In den meisten Ländern wird nur »Korruption« als

### Die Offenlegung von Korruption und Amtsmissbrauch kann die Existenz der Hinweisgeber zerstören.

legitimer Grund erlaubt. Möglich wäre aber auch die »Verteidigung der Demokratie«, wie etwa der US-amerikanische Whistleblower Edward Snowden argumentiert hat. Schutz vor Repression müsse es zudem sowohl bei internem Whistleblowing geben, also innerhalb einer Organisation, wie auch über den Weg der Öffentlichkeit. Die Motivation der Geheimnisverräter, also ob sie etwa eine Bezahlung verlangen, sollte keine große Rolle spielen, fordert die Juristin Flutura Kusari.

Die europäische Linksfraktion plädiert dafür, dass es Anlaufstellen für Whistleblower in den Mitgliedsländern geben muss, in denen in Absprache mit den Hinweisgebern entschieden wird, wie der Fall begleitet wird. Die Niederlande verfügt bereits über solch ein Whistleblowerhaus.

»Entscheidend ist, dass es eine Struktur vor der Staatsanwaltschaft geben muss, die den eigentlichen Schutz konkret anbieten kann«, sagt die LINKEN-Abgeordnete Martina Michels gegenüber »nd«. Die Einrichtung von nationalen Schutzhäusern in Kombination mit einer EU-einheitlichen, liberal gefassten Rechtsprechung könnte hierbei Geheimnisträgern in einer Ära der rechtspopulistischen Erfolge die notwendigen Sicherheiten geben, Straftaten der Wirtschafts- und Staatsspitze sichtbar zu machen.

Einen Anlauf für eine stärkere EU-Kontrolle soll es nach dem Wunsch der europäischen Linksfraktion auch im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geben. Das Europäische Zentrum für Presse und Medienfreiheit recherchierte dafür im Verlauf von 2016 in Polen und Kroatien. Die Wissenschaftler konnten nachweisen, dass es dort politisch motivierte Kündigungen von Fernseh- und Radiojournalisten gab. Dies führte in der Konsequenz zu einer einseitigen, regierungstreuen Berichterstattung, so die Experten. In Kroatien wurde unter dem rechten Kulturminister der Intendant des öffentlich-rechtlichen Senders HRT entlassen und durch einen politisch loyalen ersetzt. Die Regierung tauschte auch die Programmchefs der vier Fernsehsender und zahlreiche Redakteure aus. In Polen verlief es ähnlich: Durch das Anfang des vergangenen Jahres beschlossene Mediengesetz konnte die rechte Regierung Führungspositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien selbst bestimmen.

Die EU befürwortet unter Berücksichtigung dieser gesamteuropäischen Kritik eine starke Riegerungs- und Staatsferne der öffentlichen Mediensysteme. Wie die erreicht werden kann, ist aber umstritten. Die europäische Linksfraktion fordert die Stärkung der ERGA, der Arbeitsgruppe für europäischen Regulierungsstellen für

audiovisuelle Medien. Seit 2014 berät dieses Gremium bisher die EU-Kommission in Medienfragen. Von den staatlichen Behörden fordert Jane Whyatt, die Leiterin des ECPMF, mehr Transparenz bei Personalentscheidungen sowie eine finanzielle Absicherung der öffentlichen Medien. Dies alles müsse in der sogenannten Audiovisuellen Medienrichtlinie verankert werden, die zur Zeit überarbeitet wird. »Bei einer Umsetzung können die öffentlich-rechtlichen Medien dann auch zurechtgewiesen werden«, so die Expertin.

Solange die EU jedoch kaum effiziente Instrumente besitzt, um autoritäre Eingriffe der Nationalstaaten zu

ANZEIGE



verhindern, sind die betroffenen Journalisten fürs Erste auf Solidarität angewiesen. Dazu zählt rechtliche, finanzielle sowie soziale Unterstützung. Auch Whistleblower müssen darauf zurückgreifen können. Schutzstrukturen wie das Programm des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit sind hierbei ein wichtiger Anfang. Mit der Gewissheit, nicht alleine zu sein, können Hinweisgeber wie Stéphanie Gibaud ihre Arbeit fortführen. »Es ist ein Beruf, mit dem du dein Leben verlierst«, sagt die ehemalige Bankangestellte gegenüber der »Deutschen Welle«. »Ich werde aber weitermachen und all jene verteidigen, die sich für die Wahrheit stark machen.«